

## **Merkblatt für Opfer von Gewalttaten**

### **über Leistungen und ihre Voraussetzungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG)**

Wer durch eine Gewalttat einen gesundheitlichen Schaden erlitten hat, kann nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG) Versorgung erhalten.

#### **Anspruchsvoraussetzungen**

Eine Gewalttat im Sinne des OEG ist **ein vorsätzlicher, rechtswidriger tätlicher Angriff gegen eine Person**, zum Beispiel

- durch vorsätzliche Körperverletzung
- durch Vergewaltigung und sexuellen Missbrauch
- durch Menschenraub, Verschleppung, Geiselnahme
- durch Vergiftung oder Brandstiftung oder
- Tötungsdelikte

**Anspruchsberechtigt** sind Geschädigte und Hinterbliebene (Witwen, Witwer, Halb- und Vollwaisen, Eltern).

Ausländerinnen und Ausländer haben dieselben Ansprüche wie Deutsche.

#### **Geltungsbereich des Gesetzes**

Die Schädigung muss in der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sein oder auf einem deutschen Schiff oder in einem deutschen Flugzeug.

Für Taten im Ausland besteht ein besonders geregelter Versorgungsanspruch.

Das Gesetz gilt grundsätzlich für Ansprüche aus Taten, die nach dem 15. Mai 1976 begangen worden sind. Für Personen, die in der Zeit vom 23. 1949 bis 15. Mai 1976 Opfer einer Gewalttat geworden sind, ist eine Härteregelung vorgesehen.

#### **Antragstellung und Mitwirkung**

Versorgung wird nur auf Antrag gewährt. Von dem Antrag hängt der Beginn der Versorgungsleistungen ab. Daher empfiehlt es sich, den Antrag unverzüglich zu stellen. Es genügt auch ein formloser Antrag.

Geschädigte sollten unmittelbar nach der Gewalttat **Strafanzeige** erstatten und aktiv daran mitwirken, dass der Sachverhalt aufgeklärt und der Täter verfolgt werden kann.

#### **Versagungsgründe**

Leistungen können nicht gewährt werden, wenn Geschädigte die Schädigung verursacht haben oder wenn es aus sonstigen, insbesondere in ihrem eigenen Verhalten liegenden Gründen unbillig wäre, Entschädigung zu leisten.

Eine Entschädigung kann auch versagt werden, wenn der Antragsteller an politischen oder kriegerischen Auseinandersetzungen im Heimatstaat beteiligt oder mit organisierter Kriminalität verbunden war oder ist.

#### **Umfang der Leistungen**

Die Versorgung wird in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes gewährt und umfasst im Wesentlichen:

- Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation und Teilhabe am Arbeitsleben
- ärztliche/zahnärztliche/psychotherapeutische Behandlungen und orthopädische Versorgung sowie Ersatz für beschädigte Sehhilfen
- monatliche Versorgungsrente bei dauerhaften erheblichen Gesundheitsstörungen

Ein Schmerzensgeld wird nicht gezahlt.

Sachschäden und Vermögensschäden werden nicht ersetzt.

Weitere Auskünfte zu den Anspruchsvoraussetzungen sowie zu Art und Umfang der Leistungen nach dem OEG, werden vom zuständigen Träger der sozialen Entschädigung erteilt:

**Amt für Versorgung und Integration Bremen**  
Doventorscontrescarpe 172 D  
28195 Bremen  
Email: [office@avib.bremen.de](mailto:office@avib.bremen.de)  
Internet: [avib.bremen.de](http://avib.bremen.de)  
**Tel: (0421) 361-5227 / 361-5405 / 361-5618 oder 361-16799**